

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 30. 5. 1989

Betr.: Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

I.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich über den Bundesrat für eine ökologische Umgestaltung unserer Volkswirtschaft einzusetzen.

1. Energiepolitik

- 1.1 Verstärkung der Forschung zu erneuerbaren Energien und Gewährung staatlicher Markteinführungshilfen;
- 1.2 höhere Besteuerung der mit geringem Wirkungsgrad arbeitenden fossilen und nuklearen Energiegewinnung, um die Wettbewerbschancen erneuerbarer Energien und moderner Technologien zu erhöhen;
- 1.3 Unterstützung und Entwicklung noch effizienterer und noch umweltfreundlicherer Kohletechnologien;
- 1.4 Erlaß eines Energiespargesetzes, das Zielvorgaben zur Ausschöpfung des Einsparpotentials für einen längeren Zeitraum festlegt;
- 1.5 Vorgabe einer auf Energieeinsparung ausgerichteten Tarifstruktur in der Bundestarifordnung Elektrizität, insbesondere Wegfall der Grundpreise (Linearisierung) und Abbau verbrauchssteigernder Sondertarife;
- 1.6 Verschärfung bzw. die zusätzliche Schaffung von technischen Vorschriften zur energiesparenden Ausstattung von Geräten, Bauwerken sowie zur besseren Kennzeichnung des Energiebedarfs von Geräten für den Verbraucher.

2. Verkehrspolitik

Im Bereich der Verkehrspolitik sind neben den Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, der Förderung des Güterverkehrs auf der Schiene und der Verknüpfung von Straßen-, Schienen- und Luftverkehr folgende Schritte notwendig:

- 2.1 Obligatorische Einführung der US-Grenzwerte (Drei-Wege-Katalysator) für alle Fahrzeugtypen;

- 2.2 Erlaß einer TA zur Begrenzung des Kraftstoffverbrauchs einzelner Motorklassen sowie Förderung neuer Motortechniken auf Wasserstoff- und Gasbasis;
- 2.3 Geschwindigkeitsbegrenzungen für Pkw und Lkw sind europaweit festzulegen;
- 2.4 Aufhebung der Kfz-Besteuerung und Überführung in eine Mineralölsteuer.
3. Ökopolitik
 - 3.1 Einstellung der Produktion und Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen bis zum Jahre 1995 um 95 % (Ausnahmen: unumgängliche Anwendung in der Medizin);
 - 3.2 verstärkte Förderung der Ersatzforschung für Fluorchlorkohlenwasserstoffe und Halone;
 - 3.3 Programme zur Verringerung von Chlorgasemissionen;
 - 3.4 neue wirksame Maßnahmen gegen Methanemissionen aus Mülldeponien;
 - 3.5 Novellierung des Abfallgesetzes, um für vorhandenen FCKW-Einsatz Recycling vorzuschreiben.
4. Agrarpolitik
 - 4.1 Begrenzung des Stickstoffeinsatzes zur Verhinderung klimarelevanter Stickstoffemissionen.
 - 4.2 Massentierhaltungssysteme müssen durch artgerechte und emissionsneutralere Haltungssysteme abgelöst werden.
 - 4.3 Die Auflagen der TA Luft sind fristgerecht in der Massentierhaltung umzusetzen.

II.

Die Landesregierung wird aufgefordert, über den Bundesrat die Bundesregierung zu folgenden international notwendigen Maßnahmen zu veranlassen:

1. eine Verschärfung des Montrealer Abkommens sowie eine Einbeziehung weiterer zum Ozonabbau und zum Treibhauseffekt beitragender Spurengase zu erreichen;
2. bis 1995 den Einsatz von Fluorchlorkohlenwasserstoffen um 95 % gegenüber der in 1986 hergestellten Menge zu reduzieren;
3. diese Zielsetzung zumindest in der EG zu verwirklichen, wenn eine weltweite Durchsetzung zur Zeit nicht möglich ist;
4. den Abschluß einer weltweit wirksamen Klimaschutzkonvention, die alle Hauptverursacher des Treibhauseffektes berücksichtigt. Die Konvention muß international verbindliche Zielwerte zur Verringerung von Kohlendioxid, Fluorchlorkohlenwasserstoffen, Distickstoffoxid und Ozon in der Troposphäre vorsehen;
5. einen Fonds einzurichten für einen ökologischen Lastenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern;
6. verbindliche Einführung der US-Grenzwerte für alle Kfz ab 1991.

Begründung

Die Lufthülle um unseren Planeten ist ernsthaft bedroht und mit ihr das Klima, die natürlichen Lebensbedingungen und der Mensch selbst. Mit der Ausdünnung der Ozonschicht verlieren die Lebewesen ihren Sonnenschutz, mit der Verschiebung der Klimaparameter wird das Treibhaus Erde zunehmend wärmer. Es geht konkret um zwei Bedrohungen der Erdatmosphäre:

1. In der Stratosphäre, dem Höhenbereich zwischen 15 und 50 km, schwindet weltweit die lebensschützende Ozonschicht, besonders dramatisch in den arktischen Breiten mit dem Ozonloch.
2. In der Troposphäre, im Höhenbereich bei rd. 10 km ist eine künstliche Erderwärmung, die sich weiter beschleunigt, festzustellen. Gegenüber dem vorindustriellen Wert stieg die Temperatur bereits um 0,7 Grad an. Seit der Erklärung der Weltklimatagung von Villach 1987 gehen die Klimaforscher bei Trendszenarien der Schadstoffemissionen davon aus, daß eine Erhöhung um 6 Grad Celsius nicht ausgeschlossen werden kann. Dies hätte katastrophale Auswirkungen auf das Leben.

Wegen der Langsamkeit klimatologischer Prozesse besteht heute schon die Gewißheit, daß diese globale Umweltkrise um so schneller eintritt und um so schwerwiegender ausfallen wird, je weniger die Menschen, vor allem die politisch Verantwortlichen in den Industrieländern, gegensteuern. Der Treibhauseffekt wird ausgelöst:

- zu etwa 50 % durch die Verbrennung aller fossilen Energierohstoffe (Öl, Gas, Kohle, Holz), und zwar durch das dabei frei werdende Kohlendioxid (CO_2);
- zu etwa 19 % durch das Entweichen von Methangas (CH_4) in die Atmosphäre;
- zu etwa 17 % durch die Freisetzung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW);
- zu etwa 8 % durch das Entstehen von troposphärischem Ozon (O_3) insbesondere infolge des NO_x -Ausstoßes von Kraftfahrzeugen;
- zu etwa 4 % durch die landwirtschaftliche Intensivbewirtschaftung verbunden mit der Freisetzung von Distickstoffoxid (N_2O).

Der Ozonabbau in der Stratosphäre wird hauptsächlich verursacht durch die Nutzung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen als Treibgase in Spraydosen, als Kühlmittel in Kühlschränken, als Grundstoff für die Herstellung von Schaumstoffen und als Reinigungsmittel für die Mikroelektronik.

Die Industrieländer sind die wichtigsten Verursacher der drohenden Zerstörung der Erdatmosphäre. Sie verbrauchen beispielsweise bei einem Weltbevölkerungsanteil von ca. 25 % über 75 % der jährlichen Energie- und Rohstoffe. Sie produzieren und nutzen den Hauptteil der Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die die wachsende Ausdünnung der Ozonschicht verursachen. Die Industrieländer haben daher die Verantwortung für den Schutz der Erdatmosphäre im wesentlichen zu tragen.

Zur Energiepolitik

Wir brauchen in der Bundesrepublik eine klimaschonende Energieversorgungsstruktur und damit eine radikale Kursänderung der gegenwärtigen Energiepolitik der Bundesregierung. Die Bundesregierung tut nichts, um diese Kursänderung einzuleiten. Insbesondere eine Politik des Energieeinsparens und der rationellen Energieverwendung, die vor allem den Klimaschutz fördern würde, wird von ihr nicht mehr verfolgt. Die Förderung der erneuerbaren Energien findet kaum öffentliche Unterstützung, und die Entwicklung noch effizienterer und noch umweltfreundlicherer Kohletechnologien führt nur ein Schattendasein. Demgegenüber fördert die Bundesregierung weiterhin den

Ausbau der Kernenergie, indem sie z. B. die HTR-Modulreaktor-Linie weiter verfolgt und an der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen festhält.

Ein weltweiter verstärkter Ausbau der Atomkraft trüge von allen wirtschaftlich und technisch möglichen Maßnahmen am wenigsten zum Klimaschutz bei. Er wäre die größte ökologische Fehlinvestition der nächsten Jahrzehnte und erhöhte die statistische Wahrscheinlichkeit eines Reaktorunfalls wie in Tschernobyl auf wenige Jahre. Außerdem würde die Problematik der Nichtverbreitung von Atomwaffen verschärft und einige Staaten vor allem in den Schwellenländern das Material zur Atombombe geliefert bekommen.

Energieeinsparung und rationelle Energienutzung

Schätzungen gehen dahin, daß in den nächsten 20 bis 30 Jahren die technischen Potentiale vorhanden sind, die Energieeffizienz in den Industrieländern um 50 % zu steigern. Energieszenarien gehen davon aus, daß es technisch möglich ist, langfristig in den Industrieländern bis zu 80 % des gegenwärtigen Energieverbrauchs einzusparen. Öl, Kohle und Gas werden auch bis weit nach dem Jahre 2000 in den Industrieländern den größten Anteil an der Energieversorgung ausmachen. Wenn alle Möglichkeiten der Energieeinsparung und rationellen Energienutzung ausgeschöpft werden, kann erreicht werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch an fossilen Energien halbiert wird.

Erneuerbare Energien

Die Forschung zu erneuerbaren Energien muß durch Bereitstellung von mehr Forschungsmitteln als bisher verstärkt werden. Ziel westlicher Industrieländer muß es sein, bis zum Jahre 2000 10 % ihres Energieverbrauchs mit erneuerbaren Energien zu decken.

Verkehrspolitik

Die Kohlendioxidemissionen aus dem motorisierten Verkehr sind bisher zu wenig beachtet worden, obwohl sie in der Bundesrepublik ca. 12 % der CO₂-Emissionen ausmachen. Der Verkehrssektor trägt auch über die Stickoxidemissionen (57 %) zur Bildung von troposphärischem Ozon bei. Sein Wirkungsgrad bei der Umwandlung von End- in Nutzungsenergie ist zudem mit 17 % äußerst gering. Auch in der Verkehrspolitik muß eine Neuorientierung vollzogen werden.

Agrarpolitik

Der massive Einsatz von Stickstoff in der landwirtschaftlichen Produktion führt zu klimarelevanten Emissionen von Distickstoffoxid. Massentierhaltung trägt erheblich zur Emission von Methan und Ammoniak bei. Aus Massentierhaltungen und Trockenkotanlagen emittiertes Ammoniak wird in der Luft zu Stickstoffoxiden umgesetzt; u. a. auch zu dem am Treibhauseffekt beteiligten Distickstoffoxid. Dieses Molekül ist etwa 150 mal so wirksam wie ein Molekül Kohlenstoffdioxid.

Schröder

Fraktionsvorsitzender